

Wo lassen Sie denken?

Denkfabriken sind auch in der Krise ein Wachstumsmarkt

CHRISTIAN MIHATSCH

Die Welt wird komplexer, und die richtigen Regeln aufzustellen, wird anspruchsvoller. Politiker und Firmen haben daher einen zunehmenden Beratungsbedarf. Diesen Markt bedienen Think-Tanks – Denkfabriken.

Sie haben die neokonservative Revolution von George Bush Junior vorbereitet und ein Programm für seinen Nachfolger, Barack Obama, ausgearbeitet – Think-Tanks, oder zu Deutsch: Denkfabriken. Noch 1970 gab es weltweit höchstens ein paar Dutzend dieser Einrichtungen. Ihre Zahl ist inzwischen rapide gestiegen: Heute produzieren die Akademiker in knapp 5500 Denkfabriken Ideen. Ein Drittel davon sitzt in den USA, der Heimat der Think-Tanks. Aber Europa holt auf und verfügt mittlerweile über 1200 entsprechende Organisationen.

Die erste «Fabrik», die als Think-Tank bezeichnet wurde, war die Rand Corporation, die für die US-Armee Waffentechnologien analysierte. Auch heute beschäftigen sich noch viele Denkfabriken mit internationaler Sicherheit und Konfliktforschung – jedoch ist das längst nicht mehr ihr einziges Betätigungsfeld. So denkt das Swiss Real Estate Institute über Häuslebauer nach und der Think-Tank Thurgau über einen Ostschweizer Kanton.

PRAXISNAHES DENKEN. Die dabei produzierten Ideen richten sich an Politiker oder Unternehmen. Das Geschäft der Denkfabriken ist wissenschaftlich fundierte Politikberatung oder Marktbeobachtung. Sie versuchen wissenschaftliche Erkenntnisse in die Diskussion einzubringen und wenn möglich praktisch umsetzbare Ideen zu generieren. Oft sind sie an Universitäten angegliedert, wie etwa das Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales der Universität Genf, das dem Schweizer Aussenministerium zuarbeitet.

Andere wiederum werden vom Staat mitgetragen, wie das BAK Basel Economics, an dem Kantone und Gemeinden mitbeteiligt sind. Und

schliesslich gibt es die von der Wirtschaft getragenen Denkfabriken wie etwa das Gottlieb-Duttweiler-Institut oder Avenir Suisse. Ob dieser Vielfalt an Trägern und Formen ist die Abgrenzung zwischen Think-Tanks, Uni-Instituten und Lobbygruppen schwierig: Ein Grenzfall ist zum Beispiel das World Economic Forum (WEF) in Davos. Einerseits ist es Kongress und Treffpunkt für den informellen Austausch der Mächtigen und Reichen, andererseits sponsert das WEF auch Studien und unterhält Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen wie Klimawandel oder Hunger.

BEFANGENE WISSENSCHAFT. Letztlich geht es aber immer um Wissenschaft und Beratung. Die massive Zunahme an Institutionen, die an dieser Schnittstelle tätig sind, ist denn auch mit der wachsenden Komplexität der Welt zu erklären. Politiker und Unternehmen haben einen zunehmenden Beratungsbedarf, und Think-Tanks versuchen, den zu decken.

Die Denkfabriken sind aber nicht neutral. Im Gegenteil: Oft vertreten Think-Tanks bestimmte Positionen. Damit ersetzen sie aber nicht die eigentliche Politik und auch nicht unternehmerische Entscheidungen. Denn Politiker wie Manager haben die Wahl zwischen einer Vielzahl von Beratern und müssen selber wissen, welche Ideen sie sich zu eigen machen. Ausschlaggebend bleibt der Instinkt.

> www.baz.ch/go/thinktanks



Zeitarbeit. Ideen kommen nicht vom Fließband, können aber in der Denkfabrik entstehen. Foto Keystone

«Think-Tanks bereichern die Diskussion»

Expertin sieht Einfluss der Lobbygruppen auf die Politik unvermindert

INTERVIEW: CHRISTIAN MIHATSCH

Die Politologin Isabelle Stadelmann-Steffen arbeitet am Lehrstuhl für Vergleichende Politik der Universität Konstanz. Anders als in den USA hält sie den politischen Einfluss der Think-Tanks in der Schweiz für begrenzt.

BaZ: Weltweit ist die Zahl der Think-Tanks explosionsartig gewachsen. Nimmt auch in der Schweiz der Einfluss von Think-Tanks zu?



ISABELLE STADELMANN-STEFFEN:

Wegen der Möglichkeit, Regierungsvorhaben per Referendum zu Fall zu bringen, werden bei uns die verschiedenen Interessengruppen früh und eng in die Gesetzgebung involviert. Dies gilt insbesondere für die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften. Typische Think-Tanks nach amerikanischem Muster, die offensiv für eine Position lobbyieren, gibt es daher erst seit Kurzem. Was wir aber schon länger haben, sind akademische Think-Tanks.

Avenir Suisse wurde 1999 von Grossunternehmen gegründet. Was kann ein Think-Tank, was Verbände nicht auch könnten?

Think-Tanks sind praxisorientierte Forschungsinstitute. Den herkömmlichen Verbänden fehlt für wissenschaftliche Studien meist Zeit und Geld. Ausserdem werden Think-Tanks als neutraler wahrgenommen.

Wie können Denkfabriken die politische Diskussion beeinflussen?

Think-Tanks haben vor allem Einfluss, bevor eine Idee als Gesetzesvorschlag im Parlament diskutiert wird. Hier liefern sie wissenschaftlich fundierte Argumente für die öffentliche Diskussion.

Reicht der Einfluss der Think-Tanks auch bis in den Nationalrat?

Sobald eine Vorlage im Parlament ist, haben sie kaum noch Einfluss. Dann ist die ideologische Gruppenzugehörigkeit wichtiger als wissenschaftliche Argumente.

Aber Think-Tanks können doch auch neue Themen lancieren?

Das ist das sogenannte Agenda Setting. Hier spielen die Medien

eine wichtige Rolle. Wenn Avenir Suisse eine Studie publiziert, greifen das die Medien auf, und es wird öffentlich darüber diskutiert. Diesen Effekt haben aber auch die zum Teil öffentlich finanzierten Think-Tanks wie das KOF oder das BAK.

Warum gibt es mehr bürgerliche als linke Ideenschmieden?

In der Schweiz besteht traditionell ein Ungleichgewicht zwischen den sehr viel stärkeren Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften. Die Wirtschaft hat mehr Ressourcen.

Sind Think-Tanks eine Gefahr für die Demokratie, wie manche Kritiker behaupten?

Das glaube ich nicht. Sie bereichern den politischen Diskurs, aber sie lösen ihn nicht ab. Das Problem ist natürlich, dass sie nicht gewählt, also demokratisch legitimiert sind. Aber das trifft auch auf andere Akteure zu.

Könnten Think-Tanks die herkömmlichen Verbände verdrängen?

Nein, die gut etablierten Interessengruppen haben über die Parteien viel mehr Einfluss.

Wolfsberg – im Hirn der UBS

QUERDENKER. Auch die UBS verfügt über eine Denkfabrik: Der Think-Tank auf dem Thurgauer Wolfsberg scheut sich nicht vor Kontroversen. Weit weg vom Zürcher Paradeplatz liegt die Kadenschmiede und das Kongresszentrum der Grossbank. In die um ein renoviertes Schlösschen gruppierte weitläufige Anlage kommen Denker aus aller Welt. Und hier kommen delikate Themen wie institutionalisierte Gier oder Börsenspekulationen auf den Tisch. Think-Tank-Leiter Prabhu Gupta will mit herausfordernden Vorträgen anregen. So lud er vergangenes Jahr Harvard-Professor Stephen Marglin ein, der aus einer sozialistischen Perspektive die Grundannahme von rational handelnden Wirtschaftsteilnehmern infrage stellt. «Wir sind sehr offen für neue Ideen», sagt Gupta. «Bei uns wird in einer offenen Atmosphäre diskutiert», betont auch Toni Schönenberger, der Leiter des Ausbildungs- und Kongresszentrums. Gerade auch bei der Schulung der Banker würden mehr und mehr kritische Fragen gestellt. Im Idealfall ergebe sich später ein Projekt innerhalb der Bank daraus.

WARNUNG. Vor sechs Jahren warnte ein externer Referent in einem Seminar auf dem Wolfsberg vor einem systemisch notwendigen Zusammenbruch der Kreditverbriefungsgeschäfte. Inzwischen hat das Platzen der Immobilienblase in den USA und der Zusammenbruch des Kreditderivatemarktes zu einer weltweiten Finanzkrise geführt. Die UBS gehört zu den am stärksten geschädigten Banken. Auf die Finanzkrise und die UBS angesprochen sagt Schönenberger: «Derzeit geht es für die Grossbank vor allem darum, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.» Dabei denkt er nicht etwa an neue Grundsatzdiskussionen. «Wir müssen wieder schwarze Zahlen schreiben», betont er. isa

nachrichten

Mepha-Partnerin baut rund 600 Stellen ab

ULM. Der Ulmer Generikahersteller Ratiopharm, der mit der Aescher Generikaproduzentin Mepha eine strategische Allianz unterhält, baut 600 seiner insgesamt 5400 Stellen ab. Andreas Bosshard, Chef von Mepha Pharma, erwartet dadurch aber «keine direkten» Auswirkungen auf die Zusammenarbeit der beiden Firmen. «Bei Mepha werden keine Stellen abgebaut», betont er auf Anfrage der BaZ. han

Flaute bei der Swiss und der Lufthansa

ZÜRICH/FRANKFURT. Die deutsche Lufthansa und ihre Tochter Swiss haben im Januar die Wirtschaftskrise zu spüren bekommen. Während bei der Lufthansa die Passagierzahl und die Auslastung rückläufig waren, beförderte die Swiss erneut mehr Passagiere. Insgesamt beförderte sie im Januar 983514 Personen. Das sind 4,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Flüge stieg dabei um 2,8 Prozent; bei der Lufthansa sank die Zahl der Flüge um 6,5 Prozent. Die Zahl der beförderten Passagiere sank um 6,7 Prozent auf 4,75 Millionen. Bei beiden Fluggesellschaften brach der Frachtbereich indes massiv ein. SDA

Bank Coop senkt die KO-Zinsen

BASEL. Die Bank Coop senkt ihre Zinsen für Kassenobligationen (KO) um einen achtel bis einen viertel Prozentpunkt. Für zweijährige Laufzeiten sinkt der Zinssatz morgen um 0,25 Prozentpunkte auf 0,75 Prozent, wie die Bank mitteilt. Noch 1,125 Prozent oder 0,125 Prozentpunkte weniger Zins werfen die KO mit dreijähriger Laufzeit ab. AP

Preisabsprachen bei Viagra



BERN. Das Sekretariat der Wettbewerbskommission (Weko) hat bei den Herstellern und Verkaufsstellen der Potenzmittel Viagra, Cialis und Levitra Preisabsprachen festgestellt. Nun

beantragt es der Weko einzuschreiten; im Extremfall drohen hohe Bussen. Die Weko wirft den betroffenen Pharmakonzernen Pfizer, Bayer und Eli Lilly vertikale Preisabsprachen vor. Stein des Anstosses sind die Preisempfehlungen der Hersteller an Apotheken, Ärzte oder Grossisten. Diese würden aufgrund der Empfehlungen dasselbe Medikament zum gleichen Preis abgeben, lautet der Vorwurf. SDA

GM setzt nochmals den Rotstift an

DETROIT. Der notleidende US-Autokonzern General Motors (GM) streicht weltweit nochmals 10000 Stellen – diesmal nicht in der Montage, sondern in der Verwaltung. Die Zahl der Stellen soll noch im laufenden Jahr um knapp 14 Prozent auf 63000 sinken. Zu den genauen Auswirkungen in Europa machte GM zunächst keine Angaben. SDA

RBS mit historischem 47-Milliarden-Verlust

LONDON. Die teilverstaatlichte Royal Bank of Scotland erwartet einen Verlust von 28 Milliarden Pfund (47 Milliarden Franken) für 2008. Es ist der höchste Verlust, den ein britisches Unternehmen je ausgewiesen hat. Die genauen Zahlen werden am 26. Februar bekannt gegeben. Die Bank streicht zudem weitere 2300 Arbeitsplätze. AP

Kein Vorabsegen der Weko für Maestro-Gebühren

Die Schweizer Kartenherausgeber unterliegen am Bundesgericht gegen die Wettbewerbskommission

MICHAEL HEIM

Die Schweizer Banken wollen für die Maestro-Karte neue Gebühren einführen. Von der Weko verlangten sie grünes Licht im Voraus.

Während die Grossbanken Verluste aus Übersee abschreiben, suchen sie im Inland nach neuen Einnahmequellen. Eine davon ist die Maestro-Karte (früher EC). Die Banken, die von ihren Kunden eine jährliche Gebühr von 20 bis 50 Fran-

ken verlangen, fordern einen Teil des Umsatzes ein, der beim Einkaufen erzeugt wird. Sie planen die Einführung einer «Interchange-Gebühr», die den Händlern belastet würde.

Schon heute bezahlen Geschäfte und Restaurants zwischen 20 und 30 Rappen für Maestro-Buchungen. Das Geld geht jedoch an die Firma, welche die Zahlungen abwickelt. Schon vor Jahren forderten die

Banken daher eine zusätzliche Gebühr von 0,4 Prozent für sich. Der Wert wird heute jedoch so nicht mehr bestätigt.

WEKO-UNTERSUCHUNG. Die Forderung hatte einen Haken: Nicht nur wehrte sich der Handel, es drohte auch Widerstand von der Wettbewerbskommission (Weko), die vor einigen Jahren gegen eine ähnliche Gebühr im Kreditkartenge-

schäft vorgegangen war. Um ein Verfahren der Weko zu verhindern, verlangten UBS, Zürcher Kantonalbank, Raiffeisen und Credit Suisse daher eine Vorab-Beurteilung der Weko. Doch diese lehnte ab. Die Banken legten Rekurs ein und zogen diesen bis ans Bundesgericht. Dieses hält nun fest, die Weko habe richtig gehandelt und den Banken könne kein Vorabsegen erteilt werden.

Was bedeutet das für Handel und Konsumenten? Derzeit wollen die Banken nicht sagen, ob an der Gebühr festgehalten werden soll. Credit Suisse und ZKB betonten, man müsse erst das Urteil prüfen. An ihrem Durst nach neuen Einnahmequellen dürfte sich indes wenig ändern. Pierre-André Steim vom Verband Elektronischer Zahlungsverkehr rechnet daher fest mit der Einführung.